

2392/AB XXIII. GP

Eingelangt am 24.01.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Ulrike Lunacek, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. November 2007 unter der Nr. 2324/J-NR/2007 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „österreichische Unterstützung für Tibet als ‚Disneyland‘“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Das am 29. und 30. November 2007 in Wien veranstaltete „Tibet-Entwicklungsforum“ wurde vom „Chinese Culture Center in Europe“ und von „Uniart Media, Österreich“ organisiert. Die Organisatoren erhielten vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten keine Unterstützung für dessen Austragung.

Die Teilnahme eines ehemaligen Regierungsmitgliedes bzw. von Vertretern der Sozialpartnerschaft an dieser Veranstaltung liegt ausschließlich in deren persönlicher Verantwortung und fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten.

Zu den Fragen 3 und 4:

Seit der Anerkennung der Volksrepublik China im Jahr 1971 verfolgt Österreich die Ein-China-Politik. Tibet wird somit von Österreich - wie von allen anderen EU-Staaten - als integraler Teil der Volksrepublik China betrachtet.

Die Autonomie Tibets - auch die politische - ist in der Verfassung der Volksrepublik China festgeschrieben. Zu Problemen kommt es allerdings bei der Umsetzung dieser Autonomie. Die Wahrung der kulturellen und sprachlichen Rechte sowie der religiösen Freiheit in Tibet ist ein zentraler Punkt der österreichischen und EU-Menschenrechtspolitik gegenüber China, welche sowohl im Rahmen des EU-China Menschenrechtsdialogs (zuletzt im Oktober 2007 in Peking) als auch in bilateralen politischen Kontakten auf allen Ebenen beharrlich eingefordert wird. Auch für die Freilassung tibetischer politischer Gefangener treten Österreich und die EU laufend ein. Um eine dauerhafte Lösung in der Tibet-Frage zu erzielen, fordern Österreich und die EU zudem einen aktiven Dialog zwischen der chinesischen Regierung und dem Dalai Lama.